S 6 U 337/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 15
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 U 337/17 Datum 16.03.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 U 179/21 Datum 09.05.2023

3. Instanz

Datum 18.12.2023

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Düsseldorf vom 16.03.2021 wird zurückgewiesen.

Â

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Streitig sind Ansprüche auf Verletztengeld und Verletztenrente.

Â

Der 0000 geborene KlĤger war seit 01.10.2016 als Elektriker bei der W. GmbH in H. beschĤftigt. Am 14.12.2016 stellte er sich bei dem Durchgangsarzt S. vor und gab ausweislich seiner im Durchgangsarztbericht vom 14.12.2016 festgehaltenen Hergangsschilderung an, an diesem Tag eine Lampe wÄxhrend des Stromflusses geprüft zu haben. Hierbei sei ihm die Lampe aus der Hand gefallen und es sei zu einem Stromschlag gekommen. Bis auf ein leichtes Taubheitsgefühl am linken Oberarm konnten keine pathologischen Befunde, insbesondere keine Stromeintrittsoder â∏austrittsmarken oder eine Verbrennung festgestellt werden. Der Kläger wurde als arbeitsfĤhig beurteilt. In seiner Unfallanzeige vom 29.12.2016 gab die Arbeitgeberin an, der Kläger habe bei Verdrahtungsarbeiten an einer Leuchtstoffrå¶hre ein Bauteil (Plastikabdeckung, nicht leitend) gelå¶st, um dort Messungen durchzufļhren. Er sei ins Schwanken gekommen und habe sich an der Plastikabdeckung festgehalten, um nicht von der Leiter zu fallen. Diese sei durch das hohe Gewicht abgerissen und der KlĤger sei von der Leiter auf den Boden gefallen. Unter seinem Gewicht hÄxtten sich neben der Plastikabdeckung auch zwei Kabel, auf denen Spannung gelegen habe, gelä¶st. Diese hä¤tten zeitweise seinen linken Oberarm berührt und der Kläger habe einen kurzen Stromschlag erlitten. Durch den Aufprall auf den Boden habe er sich einen blauen Fleck und eine leichte Prellung am Arm zugezogen. Der KlÄger habe die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Am 30.12.2016 stellte der KlĤger sich im P. Klinikum A. in der Sprechstunde für Handchirurgie und Plastische Chirurgie vor. Dort wurde eine BewegungseinschrĤnkung des linken Arms bei Verdacht auf UlnarislĤsion nach Stromunfall vom 14.12.2016 diagnostiziert. In dem Bericht des P. Klinikums vom 09.01.2017 ist vermerkt, der KlĤger und seine ebenfalls anwesende Ehefrau hÃxtten angegeben, dass der KlÃxger seit dem Unfall wesensverÃxndert sei. Er habe Angst vor Steckdosen und würde seiner Familie den Gebrauch von Steckdosen verbieten. Auch würde er über das Unfallereignis immer wieder nachgrübeln. Von handchirurgischer Seite bestehe aktuell kein Handlungsbedarf. Mit dem Klåger sei ein Termin in der Neurologischen Klinik få¼r den 09.01.2017 vereinbart worden. Ã⊓ber die neurologische Untersuchung am 09.01.2017 berichtete Frau Q., ChefĤrztin der Klinik für Neurologie und Psychotraumatologie des P. Klinikums A., in ihrem Bericht vom 24.01.2017. Beim KlÄgger liege ein Zustand nach Stromunfall am 14.12.2016 mit persistierenden Armschmerzen und Angabe einer Hypästhesie ohne Anhalt fþr eine Nerven- oder Plexusläsion vor. Die SensibilitÄxtsstĶrungen kĶnnten organpathologisch nicht zugeordnet werden. Auf elektrophysiologische Untersuchungen sei verzichtet worden, da der KlĤger dies aus Furcht vor Strom ausdrücklich nicht gewünscht habe. Bei Persistenz der geklagten ̸ngste vor Elektrizität und Strom sei eine psychologische Exploration sinnvoll. Die Dipl.-Psychologin und psychologische Psychotherapeutin F., in deren Behandlung der Kläger sich anschlieÃ∏end begab, nannte in ihrem Erstbericht vom 10.02.2017 als vorlÄxufige Diagnosen eine AnpassungsstĶrung und eine spezifische Phobie. In ihrem Abschlussbericht vom 20.03.2017 vermerkte sie, dass dem bisherigen Eindruck zufolge eine psychische StĶrung von Krankheitswert auszuschlieÃ⊓en sei. Der klinische Eindruck stimme nicht mit den

geschilderten Beschwerden und Problemen $\tilde{A}^{1/4}$ berein. Es sei davon auszugehen, dass der Kl \tilde{A} ¤ger seiner beruflichen T \tilde{A} ¤tigkeit als Elektriker weiterhin nachgehen k \tilde{A} ¶nne.

Â

Die FachĤrztin für Psychiatrie und Psychotherapie O. diagnostizierte aufgrund einer Vorstellung des Klägers am 24.03.2017 eine depressive Störung, gegenwärtig schwere Episode, eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), eine spezifische Phobie sowie eine Agoraphobie mit Panikstörung. Der Durchgangsarzt Priv.-Doz. C. nahm aufgrund der vom Kläger bei der Nachuntersuchung am 14.03.2017 berichteten Schmerzen mit Bewegungseinschränkung der linken Schulter eine weitere Arbeitsunfähigkeit bis zum 31.03.2017 an (Durchgangsarztbericht vom 07.04.2017).

Â

Mit Bescheid vom 29.03.2017 erkannte die Beklagte das Ereignis vom 14.12.2016 als Versicherungsfall sowie unfallbedingte ArbeitsunfĤhigkeit vom 14.12.2016 bis zum 23.03.2017 und unfallbedingte psychotherapeutische Behandlungsbedļrftigkeit zunĤchst bis zum 16.03.2017 an. Als Unfallfolgen wurden eine folgenlos verheilte Prellung des Oberarms sowie ein folgenlos verheilter Schock anerkannt. Als Unfallfolgen nicht anerkannt wurden subjektive psychische Beschwerden unklarer Genese. Die Beklagte führte aus, durch ein psychologisches Zusammenhangsgutachten des psychologischen Psychotherapeuten T. solle geprüft werden, ob sich die Notwendigkeit einer weiteren unfallbedingten Behandlung ergebe. Die Feststellung der Arbeitsfähigkeit zum 24.03.2017 sei unabhängig von dieser Begutachtung bereits jetzt zu treffen.

Â

Mit seinem dagegen erhobenen Widerspruch machte der KlAzger geltend, dass die Unfallschilderung seitens der W. GmbH nicht richtig sei. Er sei zu keinem Zeitpunkt auf der Leiter ins Straucheln gekommen und habe sich auch an keiner Lampe festgehalten. Auch sei er zu keinem Zeitpunkt von der Leiter gefallen und zu Boden gestürzt. Auch sei nicht richtig, dass er erstmals in der P. Klinik in A. über psychische Probleme berichtet habe. Die ersten psychischen Probleme seien von Priv.-Doz. C. im J. in H. dokumentiert worden. Aufgrund der psychischen Probleme und der unklaren Anamnese an seinem linken Arm sei er dann von Priv.-Doz. C. in der P. Klinik in A. vorgestellt worden. Die Behandlung durch die Dipl.-Psychologin F. sei abgebrochen worden, weil sie beim dritten Kontakt mitgeteilt habe, dass sie ihn nur weiter therapieren könne, wenn seine Ehefrau nicht mehr mit anwesend sei. Dies sei ihm aber seinerzeit noch nicht må¶glich gewesen. Mit Widerspruchsbescheid vom 15.05.2017 wies die Beklagte den Widerspruch des KIägers als unbegründet zurück. Sie blieb dabei, dass eine unfallbedingte ArbeitsunfĤhigkeit ļber den 23.03.2017 hinaus nicht vorliege und daher keine Zahlung von Verletztengeld ab 24.03.2017 erfolgen kA¶nne.

Â

Auf Veranlassung der Beklagten untersuchte der Dipl.-Psychologe und psychologische Psychotherapeut T. den KlÄxger am 02.05.2017. In seinem Gutachten vom 16.05.2017 kam er zu dem Ergebnis, bei dem KlÄger lÄgen keine behandlungsrelevanten psychischen Unfallfolgen vor. Diese hÄxtten auch nicht vorgelegen. Der Unfall an sich sei nicht in der Lage gewesen, bei dem KlĤger eine primäre und sekundäre psychische Unfallfolge auszulösen. Diagnostisch gehe er bei dem KlĤger eher von der Entwicklung kĶrperlicher Symptome aus psychischen Hintergründen aus. Die Hintergründe für die Entwicklung kA¶rperlicher Symptome aus psychischen GrA¾nden lA¤gen in der Persönlichkeitsstruktur und frühkindlichen Entwicklung des Klägers. Der Kläger sei in einer familiären Atmosphäre aufgewachsen, wo er kaum Zuwendung, Liebe und Anerkennung bekommen habe. Insbesondere die fehlende Zuwendung scheine aufgrund des erlebten Bagatellunfalls erneut reaktiviert worden zu sein. Er habe sich von dem Meister und anschlieÃ⊓end von dem behandelnden Arzt mit seinem Leid nicht wertgeschätzt, nicht wahrgenommen und ungerecht behandelt gefühlt. Dies habe sowohl währenddessen als auch sekundär zu einer starken KrĤnkung und Frustration gefļhrt, worauf der KlĤger mit dysfunktionalen Verhaltensmustern, welche er durch die traumatischen Hintergründe in der Kernfamilie entwickelt habe, reagiert habe. Diese würden auch durch die Ehefrau aktuell verstĤrkt. Inwieweit diesbezüglich eine Therapiebedürftigkeit zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung oder der gesetzlichen Rentenversicherung vorliege, sei in der aktuellen Untersuchung nicht zu differenzieren gewesen, da der KlĤger enorm zur Simulation neige. Die Beschwerden und Angaben würden sehr dramatisierend dargestellt. Bis auf die subjektiven Angaben des KlĤgers seien keine von der behandelnden Psychiaterin R. diagnostizierten StĶrungen im Rahmen seiner Untersuchung eruierbar gewesen. Eine AuffÄxlligkeit auf PersĶnlichkeitsebene sei nicht zu übersehen. Dementsprechend sei die Unfallverarbeitung des KlĤgers sehr pathologisch. Wenn den aktuell angegebenen Beschwerden Glauben geschenkt werde, sei wiederum ein Unfallzusammenhang nicht gegeben. Die wesentliche Ursache liege in der Persönlichkeitsstruktur des Klägers. Eine unfallbedingte Therapiebedürftigkeit und ArbeitsunfĤhigkeit hĤtten auf psychischer Ebene zu keinem Zeitpunkt vorgelegen.

Â

Hierauf gestützt lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 13.07.2017 einen Rentenanspruch mit der Begründung ab, dass die Erwerbsfähigkeit des Klägers über die 26. Woche nach Eintritt des Arbeitsunfalls bzw. nach dem Ende des Verletztengeldanspruchs nicht gemindert sei. Es lägen keine Unfallfolgen vor, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) in messbarem oder rentenberechtigendem Grade rechtfertigten. Den dagegen erhobenen Widerspruch des Klägers wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 22.08.2017 als unbegründet zurück.

Der KlĤger hat gegen den Bescheid vom 29.03.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.05.2017 am 13.06.2017 und gegen den Bescheid vom 13.07.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2017 am 20.09.2017 jeweils Klage beim Sozialgericht Dýsseldorf erhoben. Das Sozialgericht hat beide Verfahren zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden.

Â

Der KlÄger hat vorgetragen, er habe ein psychisches Trauma erlitten. Demzufolge sei auch ein Schock als Unfallfolge anerkannt worden. Das psychische Trauma äuÃ∏ere sich in einer groÃ∏en Angst vor Strom, so dass es ihm unmöglich sei, seinen Beruf als Elektriker auszuüben. Er könne weder einen Stecker in eine Steckdose stecken noch einen Lichtschalter benutzen. Die ungewĶhnliche Verarbeitung eines Stromschlages, der überdies auch schwer gewesen sein könne, schlieÃ∏e die mittelbare Folge einer rentenberechtigenden Rente nun gerade nicht aus. Es habe einen Krankheitswert, wenn ein Elektriker nach einem Stromschlag sich nicht mehr traue, seinen Beruf auszuļben. Daraus resultiere überdies eine erhebliche MdE. Auch bestehe eine besondere berufliche Betroffenheit. Das von Herrn T. erstattete Gutachten enthalte Fehler und Unwahrheiten. In einem von dem KlĤger unterschriebenen Schreiben heiÄ∏t es, bei der Begutachtung sei nicht gesagt worden, dass sein Vater ihn geschlagen habe und seine Eltern geschieden seien. A Dies entspreche auch nicht der Realit Axt. Seine Eltern seien bis zum heutigen Tage verheiratet. Seine Ehefrau sei bei dem GesprÃxch mit Herrn T. dabei gewesen und habe das komplette GesprÃxch auf Video aufgenommen. Dadurch kA¶nnten auch die falschen Angaben in dem Gutachten bewiesen werden.

Â

Der KlĤger hat beantragt,

Â

die Beklagte unter AbÃ $^{\rm x}$ nderung des Bescheides vom 29.03.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.05.2017 sowie des Bescheides vom 13.07.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2017 zu verurteilen, ihm zunÃ $^{\rm x}$ chst Verletztengeld Ã $^{\rm 1}$ dber den 23.03.2017 hinaus sowie nach dessen Ende Rente nach einer MdE nach mindestens 20 v. H. zu gewÃ $^{\rm x}$ hren.

Â

Die Beklagte hat beantragt,

Â

die Klagen abzuweisen.

Â

Sie ist unter Vorlage einer ergĤnzenden Stellungnahme des Dipl.-Psychologen T. vom 06.03.2018 auf ihrem Standpunkt verblieben. Dieser få¼hrt darin aus, dass bezüglich der Behauptung des Klägers, sein Vater habe ihn geschlagen, keinerlei Aussage in seinem Gutachten vorliege. Hier werde nur darauf hingewiesen, dass auf seine Frage, ob der Vater gewalttÄxtig gewesen sei, der KlÄxger nicht habe antworten wollen. Bezüglich der elterlichen Situation und seiner Aussage, dass aufgrund der Alkoholproblematik es zur Scheidung gekommen sei, sei er seine Handnotizen durchgegangen. Hier habe der KlÄxger recht. Handschriftlich sei vermerkt, dass es zu keiner Scheidung gekommen sei. Der vorliegende Schreibfehler im Gutachten Äxndere aber an der einschÄxtzenden Beurteilung bzw. der gutachterlichen EinschĤtzung nichts. Unter dem Punkt â∏Diskussion und Stellungnahmeâ∏∏ habe er weder ein Gewalterlebnis in der Kindheit noch die Scheidung der Eltern als Argument fýr die zugrunde liegende Störung angegeben. Eine Scheidung würde aufgrund der Alkohol- problematik des Vaters eher zu einer psychischen Entlastung des Klägers gefähhrt haben. Dass das laufende GesprÄxch von der Ehefrau aufgenommen worden sei, sei ihm nicht bekannt gewesen. Diesbezüglich werde er gegenüber dem Kläger und seiner Ehefrau rechtliche Schritte in die Wege leiten, dass ohne seine Erlaubnis das gutachterliche ExplorationsgesprÄxch auf Video aufgenommen worden sei.

Â

Das Sozialgericht hat zunĤchst Befundberichte von R. und dem P. Klinikum A. eingeholt und anschlieÄ

end die Dipl.-Psychologin und psychologische Psychotherapeutin N. mit einer Begutachtung des KlĤgers beauftragt. Diese ist in ihrem Gutachten vom 27.07.2019 aufgrund einer Untersuchung des KlĤgers vom 16.08.2019 zu dem Ergebnis gelangt, dass bei dem KlĤger eine generalisierte AngststA¶rung, eine spezifische Phobie vor Strom sowie eine mittelgradige depressive Episode mit somatischen Symptomen vor dem Hintergrund einer abhängigen (asthenischen) Persönlichkeitsstörung vorlägen. Die Diagnose einer PTBS kA¶nne nicht gestellt werden. Der Unfall sei als zufA¤lliger AuslA¶ser der aktuell noch vorhandenen psychischen StĶrungen anzusehen. Die ersten nachvollziehbaren Reaktionen auf das Geschehen seien Angst und eine akute Belastungsreaktion gewesen. Dabei habe neben dem Unfall selbst auch die Reaktion des Vorarbeiters eine entscheidende Rolle gespielt, die von dem KlĤger bei der Schilderung des Unfallgeschehens immer wieder mit erwäxhnt worden sei. Diese Reaktionen hielten in der Regel nur kurze Zeit an. Nach ICD 10 klinge eine akute Belastungsreaktion nach Stunden oder Tagen ab. Die Symptomatik sei in der Folge dann aber durch massives Vermeidungsverhalten aufrechterhalten worden, das negativ und positiv verstĤrkt worden sei. Diese Symptomatik habe ihm auch ermöglicht, in seine Familie zurückzukehren, ohne sich den Anforderungen der Betreuung der Kinder stellen zu müssen und stattdessen selbst von der Ehefrau versorgt zu werden. Au̸erdem sei er von der wohl aversiv erlebten beruflichen Situation befreit worden. Auf diese Weise habe der Unfall mit seinen psychischen Folgen eine LĶsung in einer kritischen Lebenssituation dargestellt und zu einem Zielkonflikt mit der Änberwindung der Symptomatik gefä¼hrt. Erreichte Ziele seien

Schonung und Entlastung gewesen, die bis heute anhielten. Jede VerÄxnderung habe der Kl\tilde{A}\mathbb{\mathbb{Z}}\mathbb{g}er mit verst\tilde{A}\mathbb{\mathbb{Z}}\mathbb{R}rkter Symptomatik verhindern k\tilde{A}\mathbb{\mathbb{I}}\mathbb{n}nnen. Dadurch sei auch zu erklĤren, warum die psychotherapeutischen Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben seien. Da sich weder in der Exploration noch in der testpsychologischen Untersuchung Hinweise auf Simulation, Aggravation oder Verdeutlichung ergeben hÄxtten, sei davon auszugehen, dass der KlÄxger den Zusammenhang seiner psychischen StĶrungen mit dem Unfall tatsĤchlich so erlebe. Es sei anzunehmen, dass im Verlauf schon früh ein dysfunktionales kognitives Schema entstanden sei, wonach der KlĤger sich als Opfer des Unfallgeschehens erlebe. Das Schema sei subjektiv konsistent und selbstwertkonform und deshalb nur schwer verÄxnderbar. Nach aktuellem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis sei der Unfall nicht in der Lage, eine psychische Störung des vorliegenden AusmaÃ∏es zu verursachen. Wesentlich für die aktuelle Symptomatik seien die PersĶnlichkeit des KlĤgers, Vermeidungsstrategien und Zielkonflikte. Der Unfall sei dabei lediglich eine zufÄxllige Bedingung gewesen, die durch andere zufÄxllige Bedingungen mit der gleichen Wirkung ersetzt werden kA¶nnten. Aus psychopathologischer Sicht habe aufgrund des Unfallereignisses keine ArbeitsunfĤhigkeit vorgelegen. Auch bestehe keine MdE aufgrund psychischer Unfallfolgen.

Â

Der KlĤger hat Einwendungen gegen das Gutachten erhoben. Wegen seines Vorbringens im Einzelnen wird auf den am 01.10.2019 beim Sozialgericht eingegangenen Schriftsatz des KlĤgers Bezug genommen. Die SachverstĤndige N. hat sich hiermit in ihrer vom Sozialgericht eingeholten ergĤnzenden Stellungnahme vom 07.12.2019 auseinandergesetzt und an ihrer Auffassung festgehalten.

Â

Mit Urteil vom 16.03.2021 hat das Sozialgericht die Klagen abgewiesen. Auf die Entscheidungsgr \tilde{A}^{1}_{4} nde wird Bezug genommen.

Â

Gegen das seinen Prozessbevollmächtigten am 14.04.2021 zugestellte Urteil hat der Kläger am 27.04.2021 Berufung eingelegt. Er ist weiterhin der Auffassung, dass er einen weitergehenden Anspruch auf Verletztengeld sowie einen Anspruch auf Rente wegen des von der Beklagten anerkannten Arbeitsunfalls vom 14.12.2016 hat.

Â

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Düsseldorf vom 16.03.2021 zu ändern und die Beklagte unter Abänderung des Bescheides vom 29.03.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.05.2017 sowie des Bescheides vom 13.07.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2017 zu verurteilen, ihm über den 23.03.2017 hinaus zunächst Verletztengeld und im Anschluss daran eine Verletztenrente nach einer MdE von wenigstens 20 v. H. nach MaÃ∏gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

Â

Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

Â

Das Berufungsgericht hat auf Antrag des Klägers nach <u>§ 109 SGG</u> Priv.-Doz. E. mit einer Begutachtung des Klägers beauftragt (Beweisanordnung vom 18.01.2022). Dieser hat mitgeteilt, dass der Kläger die Untersuchungstermine am 05.05. und 15.06.2022 ohne Angabe von Grýnden nicht wahrgenommen hat. Nachdem der Kläger eine dieses Verhalten rechtfertigende Erklärung nicht binnen der vom Gericht gesetzten Frist vorgelegt hat, ist die Beweisanordnung vom 18.01.2022 aufgehoben worden (Beschluss vom 09.11.2022).

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakten und die beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen. Ihr wesentlicher Inhalt war Gegenstand der mýndlichen Verhandlung.

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers ist nicht begründet. Das Sozialgericht hat die zulĤssigen kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklagen zu Recht abgewiesen, weil sie unbegründet sind. Der Kläger ist durch die angefochtenen Bescheide nicht im Sinne von <u>§ 54 Abs. 2 S. 1 SGG</u> beschwert, denn die Bescheide sind rechtmäÃ∏ig. Der Kläger hat keinen weitergehenden Anspruch auf die

Gewährung von Verletztengeld und auch keinen Anspruch auf die Gewährung von Verletztenrente.

Â

Nach <u>§ 45 Abs. 1 SGB VII</u> wird Verletztengeld erbracht, wenn Versicherte (1) in Folge des Versicherungsfalls arbeitsunfähig sind oder wegen einer MaÃ□nahme der Heilbehandlung eine ganztägige Erwerbstätigkeit nicht ausüben können und (2) unmittelbar vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit oder der Heilbehandlung Anspruch u. a. auf Arbeitsentgelt hatten.

Â

Diese Voraussetzungen lagen über den 05.05.2017 â□ dem Tag, bis zu dem der KlĤger Verletztengeld bezogen hat, wie sich aus dem Schreiben der Beklagten an die M. vom 17.05.2017 ergibt â ☐ nicht mehr vor. Zugunsten des Klà ¤gers wurde keine Ma̸nahme der Heilbehandlung durchgeführt, die ihn an einer ganztägigen Erwerbstätigkeit gehindert hätte. Der Kläger war auch nicht aufgrund eines Versicherungsfalls arbeitsunfĤhig. ArbeitsunfĤhigkeit infolge eines Versicherungsfalls liegt anknüpfend an die Rechtsprechung zum Begriff der ArbeitsunfĤhigkeit in der gesetzlichen Krankenversicherung vor, wenn ein Versicherter, dessen BeschĤftigungsverhĤltnis â∏ wie hier beim KlĤger â∏∏ fortbesteht, aufgrund der Folgen eines Versicherungsfalls nicht in der Lage ist, seiner zuletzt ausgeübten Tätigkeit weiterhin nachzugehen. Arbeitsunfähigkeit ist danach gegeben, wenn der Versicherte seine zuletzt vor Eintritt des Versicherungsfalls konkret ausgeübte TÃxtigkeit wegen Krankheit nicht (weiter) verrichten kann (BSG Urteil vom 30.10.2007 â∏∏ B 2 U 31/06 R, juris Rn. 12 m. w. N.). Voraussetzung ist danach zunÄxchst das Vorliegen einer Krankheit im Rechtssinne (vgl. hierzu BSG Urteil vom 27.06.2017 â∏∏ B 2 U 17/15 R, juris Rn. 21 ff.), die entweder als Gesundheitserstschaden wesentlich kausal auf das Unfallereignis oder (bei Berufskrankheiten) auf beruflich bedingte Einwirkungen zurückzuführen ist (haftungsbegründende KausalitÃxt) oder als Gesundheitsfolgeschaden wesentlich kausal auf dem durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitserstschaden beruht (haftungsausfýllende KausalitÃxt). Fýr die erforderliche Beurteilung des Ursachenzusammenhangs (haftungsbegrýndende und/oder haftungsausfýllende KausalitÃxt) zwischen dem Unfallereignis und den festgestellten GesundheitsstĶrungen gilt die Zurechnungslehre der Theorie der wesentlichen Bedingung (vgl. u. a. BSG, Urteil vom 17.02.2009 â∏ B 2 U 18/07 R, juris Rn. 12 m. w. N.).

Â

Diese KausalitÃxtsprüfung erfordert zunÃxchst die Ermittlung der objektiven naturwissenschaftlichen Verursachung, bei der es darauf ankommt, ob die versicherte Verrichtung für das Unfallereignis und dadurch für den Gesundheitserstschaden oder den Tod eine Wirkursache war (BSG, Urteil vom $13.11.2012\ \hat{a}$ B 2 U 19/11 R \hat{a} BSGE 112, 177 = SozR 4-2700 \hat{A} (Nr. 46, Rn. 31 ff.; hierzu auch Ricke, WzS 2013, 241). Wirkursachen sind nur solche Bedingungen,

die erfahrungsgemĤÃ∏ die infrage stehende Wirkung ihrer Art nach notwendig oder hinreichend herbeiführen. Insoweit ist Ausgangspunkt die naturwissenschaftlich-philosophische Bedingungstheorie, nach der schon jeder beliebige Umstand als notwendige Bedingung eines Erfolges gilt, der nicht hinweg gedacht werden kann, ohne dass der Erfolg entfiele (conditio-sine-qua-non). Ob die versicherte Verrichtung eine Wirkursache in diesem Sinne war, ist eine rein tatsÃxchliche Frage. Sie muss aus der nachtrÃxglichen Sicht (ex post) nach dem jeweils neuesten anerkannten Stand des Fach- und Erfahrungswissens über Kausalbeziehungen beantwortet werden (grundlegend BSG, Urteil vom 24.07.2012 â ☐ B 2 U 9/11 R â ☐ SozR 4-2700 § 8 Nr. 44, Rn. 55 ff.; BSG, Urteil vom 13.11.2012 â∏∏ <u>B 2 U 19/11 R</u> â∏∏ <u>BSGE 112, 177</u> SozR 4-2700 § 8 Nr. 46, Rn. 31 ff.). Dies schlie̸t die Prüfung mit ein, ob ein Ereignis nach medizinischwissenschaftlichen Ma̸stäben überhaupt geeignet ist, eine bestimmte kA¶rperliche oder seelische StA¶rung hervorzurufen und welche Vorerkrankungen/Schadensanlagen ggfls. bestanden haben, die nach den genannten wissenschaftlichen Kriterien ebenfalls geeignet sind, die geltend gemachte GesundheitsstĶrung zu bewirken (BSG, Urteil vom 09.05.2006 â∏ B 2 U 1/06 R â∏∏ SozR 4-2700 § 8 Nr. 17). Die (hinreichende) Wahrscheinlichkeit eines naturwissenschaftlich-philosophischen Ursachenzusammenhangs zwischen KĶrperoder einem psychischen Gesundheitsschaden und einem Unfall ist gegeben, wenn nach der geltenden Ĥrztlich-wissenschaftlichen Lehrmeinung mehr fļr als gegen einen Zusammenhang spricht und ernstliche Zweifel hinsichtlich einer anderen Verursachung ausscheiden (vgl. BSG, Urteil vom 09.12.2003 â∏∏ B 2 U 8/03 R â∏∏ SozR 4-2200 § 589 Nr. 1 m. w. N.).

Â

Steht die versicherte TĤtigkeit als eine der Wirkursachen fest, muss sich auf der zweiten Stufe die Einwirkung rechtlich unter WĽrdigung auch aller weiteren auf der ersten Stufe festgestellten mitwirkenden unversicherten Ursachen als Realisierung einer in den Schutzbereich des jeweils erfļllten Versicherungstatbestandes fallenden Gefahr darstellen. Kriterien zur Beurteilung der Wesentlichkeit einer Ursache bei medizinischen Sachverhalten sind die versicherte Ursache als solche hinsichtlich Art und StĤrke, einschlieÄ \Box lich des zeitlichen Ablaufs, die konkurrierende (n) Ursache (n) hinsichtlich Art und StĤrke, Krankheitsbild und Krankengeschichte, als auch die weitere Entwicklung und mÄ \P gliche Vorgeschichte (siehe hierzu statt vieler BSG, Urteil vom 09.05.2006 \hat{a} \Box B 2 U 1/05 R, juris Rn. 15 f. m. w. N.).

Â

Weitere Voraussetzung f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Gew \tilde{A} xhrung von Verletztengeld ist sodann, dass die durch den Versicherungsfall bedingte Gesundheitsst \tilde{A} 1 rung wesentlich kausal dazu f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrt, dass der Versicherte seine zuletzt ausge $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bte Besch \tilde{A} xftigung krankheitsbedingt nicht aus $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ben kann.

Dabei gilt auch f $\tilde{A}^{1/4}$ r diese jeweiligen urs \tilde{A} ¤chlichen Zusammenh \tilde{A} ¤nge die Theorie der wesentlichen Bedingung mit der Pr $\tilde{A}^{1/4}$ fung des naturwissenschaftlichen

Ursachenzusammenhangs im ersten Schritt und der Pr $\tilde{A}^{1/4}$ fung in einem zweiten, wertenden Schritt, ob das versicherte Unfallereignis f $\tilde{A}^{1/4}$ r die krankheitsbedingte Arbeitsunf \tilde{A} ¤higkeit wesentlich war (vgl. LSG Baden-W $\tilde{A}^{1/4}$ rttemberg Urteil vom 20.04.2015 \hat{a} \square L 10 U 495/14, juris Rn. 35).

Â

Hinsichtlich des BeweismaÄ stabes gilt dabei, dass Gesundheitserst- bzw. GesundheitsfolgeschÄ den, ebenso wie die Merkmale versicherte TÄ tigkeit, Verrichtung zur Zeit des Unfalls, Unfallereignis im Rahmen der Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII und im Rahmen von § 45 Abs. 1 SGB VII die krankheitsbedingte UnmÄ glichkeit, die zuletzt ausgeÄ 4bte versicherte TÄ tigkeit wiederaufzunehmen, im Wege des Vollbeweises also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, fÄ 4r das Gericht feststehen mà 4ssen. Dem gegenà 4ber genà 4gt fà 4r den Nachweis der wesentlichen Ursachenzusammenhà nge zwischen diesen Voraussetzungen (haftungsbegrà 4ndende und haftungsausfà 4llende Kausalità t) die (hinreichende) Wahrscheinlichkeit, nicht allerdings die bloà e Mà glichkeit (stà ndige Rechtsprechung, vgl. BSG Urteil vom 02.04.2009 â de BSG Urteil vom R. v. N.).

Â

Ausgehend von diesen GrundsÄxtzen war der KlÄxger ļber den 05.05.207 hinaus nicht mehr infolge eines Versicherungsfalls, hier infolge des als Arbeitsunfall anerkannten Ereignisses vom 14.12.2016 arbeitsunfÄxhig.

Â

Als Gesundheits(erst)schĤden infolge des Ereignisses vom 14.12.2016 haben bei dem KlĤger ýber die von der Beklagten mit Bescheid vom 29.03.2017 anerkannten Unfallfolgen in Gestalt einer folgenlos verheilten Prellung des Oberarms und eines folgenlos verheilten Schocks keine weiteren Gesundheitsstörungen mit der notwendigen an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit vorgelegen. Die von der Beklagten anerkannten Unfallfolgen waren am 06.05.2017 soweit abgeklungen, dass sie den Kläger spätestens zu diesem Zeitpunkt nicht mehr daran hinderten, seine zuletzt ausgeýbte Tätigkeit als Elektriker auszuýben.

Â

Aus chirurgischer Sicht hat B./P. Unfallklinik A. in seinem Bericht vom 24.02.2017 vermerkt, dass ArbeitsunfĤhigkeit noch für weitere drei Wochen zu rechtfertigen sei. Eine weitere ArbeitsunfĤhigkeit ist sodann von Priv.-Doz. C. aufgrund der dortigen Vorstellung des Klägers am 14.03.2017 zunächst bis zum 31.03.2017 und am 28.03.2017 nochmals bis zum 07.04.2017 wegen der vom Kläger angegebenen Schmerzen mit Bewegungseinschränkung der linken Schulter bescheinigt worden. Weitere Bescheinigungen, die eine Arbeitsunfähigkeit auf chirurgischem Gebiet über den 07.04.2017 hinaus feststellen, liegen nicht vor,

und es sind auch keine medizinischen Befunde aktenkundig dokumentiert, die Anlass geben $k\tilde{A}\P$ nnten, auf chirurgischem Gebiet eine $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ ber den 05.05.2017 hinaus gehende Arbeitsunf \tilde{A} ¤higkeit anzunehmen.

Â

Der Kläger hat über den von der Beklagten als Unfallfolge anerkannten folgenlos verheilten Schock hinaus auch keine psychischen Unfallfolgen erlitten. Voraussetzung für die Anerkennung von psychischen Gesundheitsstörungen als Unfallfolge und die Gewährung von Leistungen aufgrund von ihnen ist zunächst die Feststellung der konkreten Gesundheitsstörungen, die bei dem Verletzten vorliegen und seine Erwerbsfähigkeit mindern. Dazu ist eine exakte Diagnose der Krankheit nach einem der internationalen anerkannten Diagnosesysteme (z. B. ICD-10 oder DSM IV, nunmehr DSM V) erforderlich (BSG Urteil vom 09.05.2006 â \Box 0 B 2 U 1/05 R, juris Rn. 22).

Â

Der Senat folgt in Bezug auf die beim KlĤger vorliegenden psychischen GesundheitsstĶrungen der SachverstĤndigen N., die in ihrem Gutachten vom 27.07.2019 als Diagnosen nach ICD-10 eine generalisierte AngststĶrung (F41.1), eine spezifische Phobie vor Strom (F40.2), eine mittelgradige depressive Episode mit somatischen Symptomen (F32.1) vor dem Hintergrund einer abhĤngigen (asthenischen) PersĶnlichkeitsstĶrung (F60.7) beim KlĤger festgestellt hat. Sie hat zur ̸berzeugung des Senats dargelegt, dass die von ihr in Ã∏bereinstimmung mit der behandelnden Psychiaterin R. beschriebene Symptomatik die ICD-10-Kriterien fÃ¹/₄r die von der Sachverständigen in Bezug auf die Depression und die AngststĶrungen benannten Diagnosen erfļllt und auch bezļglich der von ihr unter Hinweis auf das vom KlĤger in der Untersuchungssituation gezeigte Verhalten in Bezug auf seine Ehefrau und seine brüchige berufliche Entwicklung diagnostizierte abhÃxngige (asthenische) Persönlichkeitsstörung die Kriterien nach ICD-10 F.60.7 gegeben sind. Die Sachverständige N. hat auÃ∏erdem überzeugend dargelegt, weshalb die von der behandelnden Ã∏rztin R. neben der Depression und den AngststĶrungen gestellte Diagnose einer PTBS nicht anzunehmen ist. Denn die Kriterien einer PTBS nach dem Diagnose Manual der ICD-10 und des DSM-V sind nicht erfÃ1/4llt. Schon das Ereignis selbst reicht nach dem Diagnosemanual nicht aus, um eine PTBS zu verursachen.

Â

Nach ICD-10 F43.1 entsteht eine PTBS als eine verzögerte oder protrahierte Reaktion auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation kýrzerer oder längerer Dauer mit auÃ∏ergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem AusmaÃ∏, die bei fast jedem eine tiefe Verzweiflung hervorrufen würde. Das DSM-V definiert das traumatische Ereignis als Konfrontation (in einer der dort näher beschriebenen Weisen) mit Tod, tödlicher Bedrohung, schwerer Verletzung, angedrohter schwerer Verletzung, sexueller Gewalt oder angedrohter sexueller Gewalt.

Â

Ein Trauma im Sinne der vorgenannten Definitionen hat der Kl \tilde{A} x ger nicht erlitten, wie die Sachverst \tilde{A} x ndige N. in \tilde{A} y bereinstimmung mit dem Dipl.-Psych. und psychologischen Psychotherapeuten T., dessen Gutachten der Senat im Wege des Urkundsbeweises verwertet hat, dargelegt hat. Sie hat zu Recht hervorgehoben, dass es sich bei dem Ereignis um einen leichten Stromunfall gehandelt hat, der in keiner Weise lebensbedrohlich gewesen ist. Auch die medizinischen Befunde direkt nach dem Ereignis sprechen ihren Ausf \tilde{A} 1 / 4 hrungen zufolge nicht f \tilde{A} 1 / 4 r eine bedrohliche oder ernsthafte Verletzung.

Â

Die von der SachverstĤndigen N. beim KlĤger festgestellten psychischen GesundheitsstĶrungen beruhen weder als Gesundheitserstschaden wesentliche kausal auf dem Unfallereignis vom 14.12.2016 noch als Gesundheitsfolgeschaden wesentlich kausal auf dem durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitserstschaden. Denn ein ursĤchlicher Zusammenhang zwischen dem Unfallereignis und den festgestellten psychischen GesundheitsstĶrungen ist nicht mit der notwendigen (hinreichenden) Wahrscheinlichkeit gegeben, wie die SachverstĤndige ýberzeugend dargelegt hat.

Der Unfall ist ihren Ausfļhrungen zufolge nach aktuellem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht in der Lage, eine psychische StĶrung des beim Kläger vorliegenden AusmaÃ∏es zu verursachen. Hierauf hatte auch schon der von der Beklagten eingeschaltete Dipl.-Psych. und psychologische Psychotherapeut T., der ebenfalls einen Ursachenzusammenhang zwischen der depressiven Episode und den AngststĶrungen und dem Ereignis vom 14.12.2016 verneint hat, hingewiesen. Dieser hat in seinem Gutachten vom 16.05.2017 insoweit dargelegt, dass es sich um einen Bagatellunfall mit übersichtlichen Folgen gehandelt hat und der KlĤger nach dem erlebten Stromschlag bei vollem Bewusstsein gezielt handeln konnte. Dies deckt sich mit der EinschĤtzung der SachverstĤndigen N., wonach es sich nur um einen leichten Unfall durch den Kontakt zu Strom ohne dokumentierte EKG-VerĤnderungen oder Verbrennungen gehandelt hat. Ihren Darlegungen zufolge ist es nachvollziehbar, dass der KlĤger hierauf mit Angst und einer akuten Belastungsreaktion reagiert hat, wobei neben dem Unfall selbst aber auch die von dem KlĤger bei der Schilderung des Geschehens immer wieder erwĤhnte Reaktion des Vorarbeiters eine entscheidende Rolle gespielt hat. Ein starkes KrĤnkungserleben durch die Reaktion des Vorarbeiters, von dem der KlĤger sich nach dem Unfall nicht ernst genommen fühlte, ist auch schon von der erstbehandelnden Dipl.-Psych. F. beschrieben und von Herrn T. in seinem Gutachten vom 16.05.2017 hervorgehoben worden. Eine akute Belastungsreaktion klingt nach den ErlĤuterungen der SachverstĤndigen N. in der Regel nach Stunden oder Tagen ab. Der KlÄgger hat jedoch auch darļber hinaus auf den Unfall mit gro̸er Angst und massivem Vermeidungsverhalten reagiert, was zu einer Aufrechterhaltung der psychischen Symptomatik und einer chronischen Entwicklung geführt hat. Dies ist â∏ wie die Sachverständige N. dargelegt hat â∏ aufgrund der Merkmale des Ereignisses aber nicht erklärbar. Der Sachverständigen N. zufolge sind Vermeidungsstrategien und Zielkonflikte vor dem Hintergrund der beim Kläger vorliegenden abhängigen Persönlichkeitsstörung die wesentlichen Gründe für die Aufrechterhaltung der psychischen Symptomatik, während der Unfall hierfür keine wesentliche Bedingung gewesen ist.

Die SachverstĤndige hat insoweit dargelegt, dass die Symptomatik nach Abklingen der akuten Belastungsreaktion durch massives Vermeidungsverhalten, das negativ und positiv verstärkt wurde, aufrechterhalten worden ist. Der Kläger äuÃ∏erte bereits direkt nach dem Ereignis, dass er nicht mehr als Elektriker arbeiten kA¶nne, und vermied alles, was mit Strom zu tun hatte. Dies führte â∏ so die Sachverständige â∏ zu kurzfristiger Erleichterung, langfristig aber zur Aufrechterhaltung der Angstsymptomatik. Hinzu kam â∏ wie die Sachverständige weiter ausgeführt hat â□□, dass die Symptomatik es dem Kläger ermöglichte, in seine Familie zurýckzukehren, ohne sich den Anforderungen der Betreuung der Kinder stellen zu mÃ1/4ssen und stattdessen selbst von der Ehefrau versorgt zu werden. AuA⊓erdem wurde er von der beruflichen Situation befreit. Wie die SachverstĤndige einleuchtend erlĤutert hat, stellte der Unfall und die in der Folge aufgetretene psychische Symptomatik eine LĶsung in einer kritischen Lebenssituation dar, die zu einem Zielkonflikt mit der ̸berwindung der Symptomatik führte. Denn die erreichten Ziele waren Schonung und Entlastung und jede VerĤnderung konnte der KlĤger mit verstĤrkter Symptomatik verhindern, was zu einem Verharren in der Symptomatik gefļhrt hat. Diese Argumentation der SachverstĤndigen erscheint durchaus einleuchtend. Sie hat nämlich gut herausgearbeitet, dass es belastbare Hinweise aus der Exploration und den Akten gibt, wonach der KlÄzger schon vor dem Unfall nicht in der Lage war, die Herausforderungen seines Lebens vollumfĤnglich zu meistern. So hat der KIĤger ausweislich der im Gutachten festgehaltenen anamnestischen Angaben zu seiner Biografie erklĤrt, dass beide Kinder autistisch seien mit schwierigem Sozialverhalten, GerĤuschempfindlichkeit, Zwangsverhalten und eingeschrĤnkter HandlungsfĤhigkeit und er sich dadurch überfordert gefühlt habe, weshalb es zu einer rĤumlichen Trennung der Ehepartner gekommen sei und er erst nach dem Unfall in die hĤusliche Gemeinschaft zurļckgekehrt sei. Aus den Akten ergeben sich zudem hAxufige Wechsel des Arbeitgebers, wobei die BeschĤftigungsverhĤltnisse in der Zeit vom 01.09.2008 bis zum Unfall vielfach jeweils nur wenige Monate dauerten (s. Aufstellung der M. vom 08.06.2018). Der KlĤger hat hierzu ausweislich seiner anamnestischen Angaben im Gutachten vom 27.07.2019 erklĤrt, dass er nach seiner Ausbildung zum Elektro-Installateur von seinem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen worden sei und danach bei verschiedenen Zeitarbeitsfirmen gearbeitet habe, wobei er keine Chance auf eine feste Stelle in einem Betrieb gehabt habe, weil er keinen Führerschein und keine Berufserfahrung gehabt habe. Die Kündigungen seien jeweils aufgrund von fehlenden AuftrĤgen der Zeitarbeitsfirmen erfolgt. Die Aufstellung der M. und die Angaben des Klägers bezüglich seines Berufslebens belegen danach, dass die SachverstĤndige N. zutreffend von einer brĽchigen beruflichen Entwicklung beim Kläger ausgegangen ist.

Die Einwendungen des KIĤgers gegen das Gutachten der SachverstĤndigen N.

geben keinen Anlass, die Richtigkeit ihrer Beurteilung in Zweifel zu ziehen. Seine Angabe in der von ihm verfassten Stellungnahme zu dem Gutachten vom 27.07.2019, dass er auch schon vor dem Unfall von seiner Frau zu Arztbesuchen begleitet wurde, sichert vielmehr die von der Sachverständigen gestellte Diagnose einer abhängigen Persönlichkeitsstörung ab. Denn ein solches Verhalten ist für einen erwachsenen Mann ungewöhnlich und deutet auf Ã∏ngste und Vermeidung in diesen Situationen hin, wie die Sachverständige N. in ihrer Stellungnahme vom 07.12.2019 nachvollziehbar dargelegt hat. Soweit der Kläger des Weiteren die nicht erfolgreichen Bemühungen seiner Ehefrau, sein Vermeidungsverhalten zu überwinden, beschreibt, scheint er â∏ wie die Sachverständige N. in ihrer Stellungnahme vom 07.12.2019 vermerkt hat â∏ ein konsequentes Verhalten seiner Ehefrau durch passiv-aggressive Verweigerung zu verhindern, um unangenehme Gefühle und Ã∏ngste zu reduzieren. Damit bestätigen die Angaben des Klägers auch die von der Sachverständigen N. in ihrem Gutachten herausgearbeiteten Vermeidungsstrategien und Zielkonflikte.

Zu weiteren Ermittlungen bestand kein Anlass, weil der Sachverhalt durch die vorliegenden gutachterlichen $\tilde{A}[u\tilde{A}]$ erungen gekl \tilde{A} xrt ist. Dem Antrag des Kl \tilde{A} xgers auf Einholung eines Gutachtens nach \hat{A} \$ 109 SGG war nicht mehr nachzugehen, nachdem die Beweisanordnung vom 18.01.2022, mit der der vom Kl \tilde{A} xger als Arzt seines Vertrauens benannte Priv.-Doz. E. zum Sachverst \tilde{A} xndigen ernannt wurde, mit Beschluss vom 09.11.2022 aufgehoben worden ist, weil der Kl \tilde{A} xger die Untersuchungstermine am 05.05. und 15.06.2022 ohne Angabe von Gr \tilde{A} 1/4nden nicht wahrgenommen hat und binnen der vom Gericht gesetzten Frist auch keine sein Verhalten rechtfertigende Erkl \tilde{A} xrung vorgelegt hat. Der Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach \tilde{A} \$ 109 SGG ist im Termin zur m \tilde{A} 1/4ndlichen Verhandlung am 09.05.2023 auch nicht mehr aufrechterhalten worden.

Haben danach über das Ende der Verletztengeldzahlung hinaus beim Kläger keine Gesundheitsstörungen mehr vorgelegen, die wesentlich kausal auf den Unfall vom 14.12.2016 oder dessen Folgen zurückzuführen sind, war er þber das Ende der Verletztengeldzahlung hinaus auch nicht länger infolge des Ereignisses vom 14.12.2016 arbeitsunfähig. Daher bestehen auch keine weitergehenden Verletztengeldansprüche. Der Kläger war über das Ende der Verletztengeldzahlung hinaus auch nicht infolge des Ereignisses vom 14.12.2016 in seiner Erwerbsfähigkeit gemindert, so dass auch ein Rentenanspruch nicht gegeben ist (vgl. <u>§ 56 SGB VII</u>).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Die Voraussetzungen f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine Zulassung der Revision ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{160 \text{ Abs. 2 SGG}}$) liegen nicht vor.

Â

Â

Erstellt am: 17.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024